

Halle'sche Zeitung

1920 Nr. 217

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213

Abonnementspreis: für Halle und umliegende Dörfer monatlich 10 Mk., 600, vierteljährlich 28 Mk., halbjährlich 54 Mk., jährlich 100 Mk. Durch die Post bezogen monatlich 12 Mk., halbjährlich 24 Mk., jährlich 45 Mk. — Postabonnent: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 27. Mai

Anzeigenpreis: Die Spalte, 56 mm breite mm-Spaltbreite 80 H. Die Spalte, 90 mm breite mm-Spaltbreite 800 H. Abon. nach Carl. Verlagsanstalt Halle-Saale.

Privatklage Dr. Schreibers gegen die „Halle'sche Zeitung“

Der Abgeordnete Dr. Walter Schreiber in Halle hat gegen die „Halle'sche Zeitung“, vertreten durch den Hauptredakteur Selmut Wittlicher, Privatklage wegen Verleumdung erhoben, nachdem letzterer eine Sühneverhandlung vor dem Schiedsrichter abgelehnt hatte. Das Amtsgericht Halle hat darauf die Eröffnung des Hauptverfahrens nach dem besten Schöffengericht am 28. Mai, vormittags 10 Uhr, beschlossen. Die Privatklage wird in einem Artikel Nr. 42 der „H. Z.“ vom 26. Januar, überschrieben: „Eine politische Demokratieverammlung“, erklährt, in welchem es heißt: „Dr. Schreiber glaubte sich mit der insamen Klage retten zu können, daß die Deutschenationalen durch den Verfall der Demokratie in Amerika gegen uns in den Krieg getrieben hätten.“ Ferner: „Man muß sagen, daß diese Kampfbroschüre Dr. Schreibers ein Maß von Unethik und Unaufrichtigkeit verrät, das wir selbst bei einem Dr. Schreiber nicht für möglich gehalten hätten. Das ist politische Brandstiftung schlimmster Art. Wer in solcher Weise die politische Meinungsbildung verfaßt, hat überhaupt das moralische Recht verlohren, der Deutschenationalen Volkspartei einen Vortritt zu machen und sich über Parteigesinn zu beklagen. Wer mit solchen Waffen kämpft, der ist moralisch nicht disponiert, um über das Thema „Gemeinliche Arbeit — der Weg zum Wohlergehen Deutschlands“ — sprechen zu können.“

Vorstehende Ausführungen beziehen sich auf einen Vortrag Dr. Schreibers am 25. Januar im Volkshalletheater, wo dieser u. a. behauptet hatte:

Die Deutschenationalen Volkspartei habe durch ihre opportunistische Haltung das Vaterland in seinem Unglück im Stich gelassen.

Die Kreie der Deutschenationalen Volkspartei hätten das Vaterland „tot gehalten“.

Die falsche Einstellung der deutschen Politik während des Krieges sei eine Schuld der Konservativen gewesen, da der Kaiser von Wilhelm Sollewge stets zu den Konservativen gehört habe und noch heute ein konservativer Mann sei.

Die Kreie der Deutschenationalen Volkspartei hätten Kaiser Wilhelm II. die Treue gebrochen.

Die Kreie der Deutschenationalen Volkspartei hätten durch die Forderung des uneingeschränkten U-Boottkrieges Amerika gegen uns in den Krieg gedrängt.

Trotz dieser Behauptungen erklärte Dr. Schreiber einige Tage danach in einem in der „Saalezeitung“ veröffentlichten „Offenen Briefe“, daß er in jenem Vortrage „ein scharfes Wort, geschweige denn eine Verleumdung gegen irgend eine Partei ausgesprochen“ hätte.

Dem Angeklagten Hauptredakteur Selmut Wittlicher sollte zur Seite stehen.

Keine Internationalisierung der 2. Zone?

Das Organ des früheren Ministers für Schleswig, Hansen, die Zeitung „Geibol“, schreibt: Wozu wird die Völkerkonferenz in Paris wieder eine Sitzung abhalten. Zur Beratung steht der Vertrag über die Abgrenzung der 2. Zone. Wie bekannt, handelt es sich dabei um einen dreijährigen Vertrag, der von Dänemark, Deutschland und der Entente unterschrieben werden soll. Die Völkerkonferenz scheint sich in keine Verhandlungen über die Internationalisierung der zweiten Zone einlassen zu wollen.

Geht man von dem Bericht jener über die angeblichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark im Herbst 1918 über eine Grenzregulierung aus, so ist mit dem Vertrag der 2. Zone ein Vertrag verbunden, der die 2. Zone in zwei Zonen unterteilt. Die eine Zone soll für die Entente, die andere für Deutschland sein. Die Entente soll sich für diese Zone nicht interessieren und die Regierungsberechtigten arbeiten.

Die Völkerkonferenz, die in den nächsten Tagen fortgesetzt werden soll, darf interlokales Material zur Verfügung stellen.

Was kostet die Befegung des Maingaues?

Entgegen den bisher verbreiteten Meldungen, daß Frankreich für die vierzehntägige Befegung des Maingaues in Deutschland erhoben habe, wird berichtet, daß die aufzufindende Stelle keine derartige Anforderungen an die deutsche Regierung gestellt worden sind.

Amerikaner gegen die Unabhängigen

Nach einer Mitteilung des Kölner Blattes der Unabhängigen Sozialdemokratie, die in der sozialistischen „Republik“, in ihrer Partei in amerikanisch besetzten Teilen des Reiches, die Wahlberechtigung unterbunden worden. Der Leiter des Wahlbezirks, Auhauer, wurde von der Besatzungsbehörde nach Koblenz geladen und ihm von einem amerikanischen Major, dem politischen Chef des amerikanischen Oberkommandos, der Ausweisungsbefehl übergeben. Nach dem Grunde der Ausweisung befragt, erklärte der Major, „er wolle mit dem Gehirne nichts zu tun haben“. Einem etwaigen Nachfolger werde es ebenso gehen.

Die Verschiebung der Spa-Konferenz

Die von der deutsche Regierung geäußerte alliierte Note, in der um die Verschiebung der Spa-Konferenz in Spa bis zum 21. Juni gesprochen wird, heißt hervor, daß der Zweck der Konferenz sei, die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern durch Deutschland zu erörtern und Abmachungen wegen der Abgrenzung der 2. Zone zu treffen. Die Note enthält die Versicherung, daß die Konferenz nicht durch irgendwelche Streitigkeiten (external preoccupations) abgelehnt oder verzögert werde.

Auf einer Völkerkonferenz in Rom, die am 27. Mai stattfand, wurde ein Brief Lord Georges verlesen, worin dieser behauptet, daß die Konferenz nicht einhalten zu können, und hinzufügt, der Gedanke, daß der Völkerbund erfolgreich sein könnte, würde eine juristische Aussicht eröffnen. Die einzige Möglichkeit, die dann bliebe, wäre der Krieg, dessen zerrützte Verhältnisse zu entwickeln werden seien, daß der Tod der Zivilisten die Folge sein würde. Diese Ansicht sei zu kurzweilig, um sie auch nur in Erwägung zu ziehen.

Auf der Konferenz in Rom hat der Völkerbund beschlossen, vor Ende des Jahres eine internationale Konferenz für die Völkerkonferenz einzuberufen, die die Aufgabe hat, eine ständige Organisation für die internationale Völkerkonferenz zu schaffen, um die Freiheit des Verkehrs und des Güterverkehrs zwischen den Mittelmächten zu sichern, um damit die Wiederherstellung des Güterverkehrs und die wirtschaftliche Entwicklung der Welt zu fördern.

Der Völkerbund, der im Zusammenhang mit der Konferenz in Spa wieder eine Delegation des britischen Reiches aufzunehmen will. Die hier Dominions sind erwidert worden, Vertreter zu ernennen, die indessen nicht gestanden sind, noch Spa zu gehen, sondern mit dem Reichsabreise.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Das Grundschulgesetz

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

Die Völkerkonferenz hat verlangt, daß Deutschland Oberst Alenzer der Kommission für das Saargebiet abberufe.

